

Neues aus Niedersachsen

Newsletter aus Hannover für die Region



Liebe Freundinnen und Freunde,

nach einer erholsamen Sommerpause, in der vor allem die Familien und die Wahlkreisarbeit mit zahlreichen Besuchen und Terminen im Fokus standen, geht es nun auch in Hannover wieder los. In der vergangenen Plenarwoche wurde im Landtag wieder heiß um den richtigen Kurs für Niedersachsen debattiert.

Daher ist es nun an der Zeit, auf das vergangene Septemberplenar zurückzublicken und Euch über die wichtigsten Themen zu informieren.

Eine schweigende Ministerin, überlastete Behörden und offene Fragen – Der Fall in Friedland, bei dem ein abgelehnter Asylbewerber eine 16-jährige Ukrainerin vor einen durchfahren Zug gestoßen haben soll, wurde Thema unserer aktuellen Stunde.

Aber auch darüber hinaus wurde das Plenum der Themenvielfalt gerecht: Entbürokratisierung der Landwirtschaft, Kinderschutz, Niedersachsen als Fahrradland Nummer 1, Stärkung des Wohnungsmarktes, Ausbau der Medizinstudienplätze und viele weitere Themen, bei denen wir als CDU-Fraktion unsere Ideen einbringen und zeigen, dass wir für Niedersachsen einen Plan haben und bereit sind, Verantwortung zu übernehmen – ganz im Gegensatz zur Rot-Grünen Landesregierung.

Näheres erfahrt Ihr wie immer auf den kommenden Seiten. Ich wünsche viel Spaß beim Lesen und freue mich wie immer auf Rückmeldungen.

Herzliche Grüße

Niedersachsen als Fahrradland Nummer 1 stärken

Ob in der Stadt oder auf dem Land: Das Fahrrad gehört längst zum Alltag in Niedersachsen. Schülerinnen und Schüler nutzen es auf dem Weg zur Schule, viele Pendlerinnen und Pendler fahren damit zur Arbeit und in der Freizeit ist das Rad sowieso unverzichtbar. Radverkehr ist gelebte Realität in unserem Land – und genau deshalb muss Niedersachsen seine Spitzenposition als Fahrradland Nummer 1 nicht nur behaupten, sondern weiter ausbauen.

Die Landesregierung aus SPD und Grünen hat hierzu einen Antrag vorgelegt. Darin finden sich viele richtige Schlagworte, doch es fehlt an Verbindlichkeit. Es gibt keine klaren Zahlen, keine konkreten Zusagen und vor allem keine Finanzierung, die dem selbstgesteckten Ziel von 25 % Radverkehrsanteil bis 2030 gerecht wird. So bleibt es bei großen Überschriften – ohne Fundament.

Unser Vorschlag: Klarheit statt Schlagzeilen

Die CDU-Fraktion hat daher einen Änderungsantrag eingebracht, der auf konkrete Maßnahmen und nachvollziehbare Finanzierung setzt. Wir wollen, dass Radverkehrspolitik nicht in Reden oder Pressemitteilungen steckenbleibt, sondern auf dem Asphalt sichtbar wird. Dafür schlagen wir vor:

• **15 Millionen Euro Sofortprogramm** für die dringendsten Maßnahmen: sichere Kreuzungen, marode Radwegabschnitte und fehlende Lückenschlüsse. Damit können Projekte sofort starten, wo

es heute schon besonders klemmt.

• **Beschleunigte Verfahren**, um Planungen schneller voranzubringen. Radwege dürfen nicht jahrelang in Aktenordnern verstauben.

• **Vereinfachte Umweltverträglichkeitsprüfungen** entlang bestehender Straßen, ohne Natur- und Artenschutz auszuhebeln – besonders wichtig im ländlichen Raum, wo sichere Schul- und Wirtschaftswege fehlen.

• **Stärkung der Bürgerradwege**, die sich seit ihrer Einführung durch die CDU bewährt haben.

Stillstand im Haushaltsplan

Ein Blick in den Haushaltsplan 2026 zeigt jedoch Ernüchterndes: Für den Neubau von Radwegen stehen weiterhin nur 9 Millionen Euro bereit, für die Sanierung 12,5 Millionen Euro und für die Bürger-radwege gerade einmal 1,5 Millionen Euro – jeweils unverändert im Vergleich zu 2025. Das ist kein Aufbruch, sondern Stillstand.

Unser Ziel: Alltagstaugliche Radwege in ganz Niedersachsen

Für uns ist klar: Wir wollen Radwege, die durchgängig verlaufen und nicht irgendwo im Nirgendwo enden. Wege, die innerorts beleuchtet sind – besonders wichtig in der dunklen Jahreszeit. Und Wege, deren Schlaglöcher und Schäden zügig beseitigt werden.

Niedersachsen baut Zukunft: Meine Rede zur aktuellen Stunde

Die SPD hat im Landtag eine Aktuelle Stunde unter dem Titel „Schiene, Straße, Brücke – Niedersachsen baut Zukunft“ beantragt. Auf dem Papier klingen die 1,8 Milliarden Euro für Straßen, Brücken, Häfen, Wohnraum und Nahverkehr nach einem großen Wurf. Doch entscheidend ist die Frage: Kommt das Geld tatsächlich auf den Baustellen an – oder bleibt es im Antragsstapel liegen?

Zu oft dauert in Niedersachsen der Weg von der Planung über den Spatenstich bis zur Fertigstellung länger als die Lebensdauer mancher Bauwerke. Nicht neue Milliarden sind entscheidend, sondern Verfahren, die endlich schneller genehmigt, koordiniert und umgesetzt werden müssen.

Dafür braucht es:

- verbindliche Fristen für Genehmigungen,
- digitale Verfahren statt Papierakte,
- mehr und langfristige Planungs-kapazitäten,
- frühzeitige Bürgerbeteiligung mit klaren Fristen,
- und schnellere Verfahren vor



Gericht, damit Projekte nicht über viele Jahre durch individuelle und Verbandsklagen blockiert werden

Ein Staat, der funktioniert, hält Fristen ein, liefert Planungssicherheit und blockiert sich nicht selbst durch widersprüchliche Koalitionssignale wie zuletzt bei der A39. Doch genau hier zeigt sich die Schwäche der rot-grünen Landesregierung: Während SPD-Minister neue Programme feiern, stellt der grüne Partner zentrale Projekte wie die A20 oder A39 öffentlich infrage.

Solange die Koalition mit sich selbst beschäftigt ist, bleibt unklar, ob aus den angekündigten Milliarden tatsächlich gebaute Straßen, sanierte Brücken und gestärkte Häfen werden. Die Menschen in unserem Land haben keine Geduld mehr – sie erwarten Ergebnisse.

Unsere Botschaft ist klar: Infrastruktur ist kein Geschenk, sie ist die Grundlage für Wohlstand, Mobilität und die Zukunft unseres Landes. Niedersachsen darf nicht länger nur über Zukunft reden – Niedersachsen muss sie endlich bauen.

Ein hunderte Milliarden schweres Sondervermögen und der gleichzeitige Stop für Autobahnprojekte passen nicht zusammen!

500 Milliarden Sondervermögen und kein Geld für die Autobahnprojekte A 20, A 26 und A 39? Die Budget-Planung von Finanzminister Lars Klingbeil zieht vielen Projekten den Boden unter den Füßen weg. Aber was macht die Landesregierung? Sie versucht die Schuld im Verkehrsministerium abzuladen,

dass zufälligerweise nicht SPD-geführt ist. Minister Tonne sollte wissen, dass die Budgets im Finanzministerium zugeteilt werden. Anstatt Nebelkerzen zu werfen, sollte man lieber von Niedersachsen zu Niedersachsen sprechen und Finanzminister Lars Klingbeil aufzeigen, welchen

Bärendienst er wichtigen Infrastrukturprojekten in Niedersachsen und ganz Deutschland erweist. Die Menschen in unserem Land erwarten, dass mit den Milliarden die Infrastruktur zügig in Stand gesetzt oder verbessert wird. Und nichts anderes.

„Der Fall Friedland: Schweigende Ministerin, überlastete Behörden und offene Fragen – Rot-Grün muss endlich handeln!“

Am 11. August kam es in Friedland zu einem schockierenden Vorfall: Ein 31-jähriger Iraker, der seit Monaten ausreisepflichtig war, soll eine 16-jährige Ukrainerin vor einen Zug gestoßen haben. Das junge Mädchen kam dabei ums Leben. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Eltern, Angehörigen und Freunden der Verstorbenen.

Dieser tragische Fall wirft drängende Fragen auf – insbesondere an die Landesregierung. Der Tatverdächtige war seit März vollziehbar ausreisepflichtig, bereits mehrfach auffällig und befand sich zwischenzeitlich sogar in Ersatzhaft. Dennoch wurde er nicht nach Litauen überstellt, obwohl dies im Rahmen des Dublin-Verfahrens möglich gewesen wäre. Innenministerin Behrens hat dazu bisher keine politische Erklärung im Landtag abgegeben. Stattdessen ließ sie die Fachebene im Innenausschuss

sprechen – echte politische Verantwortung sieht anders aus.

Warum wurde der Antrag auf Abschiebehaft erst so spät gestellt? Warum legte das Land keine Beschwerde gegen die Entscheidung des Amtsgerichts ein? Welche konkreten Schritte unternahm die Landesaufnahmebehörde, um die Überstellung umzusetzen?

Dieser Fall zeigt: Selbst eindeutige Dublin-Verfahren scheitern am behördlichen Zuständigkeitschaos. Klar ist: Der mutmaßliche Täter stellte bereits vor der Tat eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar. Es hätte längst gehandelt werden müssen.

Wenn der Staat versagt, stärkt das extremistische Kräfte – vor allem Rechtsextreme, die solche Taten für ihre Hetze instrumentalisieren. Gleichzeitig geraten all jene Flücht-



linge unter Druck, die friedlich und rechtschaffen unter uns leben. Daher braucht es klare politische Signale: für Ordnung, Sicherheit und gelingende Integration. Die CDU hat konkrete Vorschläge eingebracht:

– Dublin-Zentren mit enger Behördenkooperation

– Elektronische Überwachung straffälliger Ausreisepflichtiger

Rot-Grün lehnt diese Ansätze ab und bleibt Lösungen schuldig. Ministerpräsident Stephan Weil und Innenministerin Behrens müssen jetzt handeln – Niedersachsen braucht Veränderung. Es geht um die Sicherheit der Menschen in unserem Land.

Bauseneick: Kommunen brauchen endlich mehr Freiheit und Klarheit in den Kitas

„Es darf nicht an starren Förder Richtlinien scheitern, wenn vor Ort dringend Kindergartenplätze gebraucht werden“, erklärt Anna Bauseneick, Mitglied im Kultusausschuss des Niedersächsischen Landtages. Die Abgeordnete fordert, die Zweckbindung bei der Förderung von Krippenplätzen abzuschaffen und den Kommunen deutlich mehr Flexibilität zu geben. „Unsere Städte und Gemeinden müssen handlungsfähig bleiben, wenn sich die Betreuungsbedarfe kurzfristig ändern.“

Gerade in Zeiten knapper Kassen sei die Umnutzung vorhandener Räume von Kitas oft die schnellste, beste

und kostengünstigste Option.

„Wenn kurzfristig zusätzliche Kindergarten-Gruppen entstehen müssen, dann dürfen Förderregeln kein Hindernis sein, sondern müssen Teil der Lösung werden – für eine gute und stabile frühkindliche Bildung“, so Bauseneick.

Die Landesregierung habe zwar in den vergangenen Monaten im Rahmen der Antragsberatung eine Ausnahmemöglichkeit geschaffen.



Doch diese sei viel zu bürokratisch, beschränke sich auf ein einziges Investitionsprogramm und unterliege zudem einer Einzelfallprüfung. „Das hilft nicht flächendeckend und schnell, sondern bedeutet für die Kommunen: Antrag stellen, warten, hoffen“, kritisiert Bauseneick.

Bauseneick.

Ihr Fazit ist klar: „Wir brauchen einen echten Spielraum für die Kommunen – damit sie altersgerecht, flexibel, schnell und verlässlich für gute frühkindliche Bildung vor Ort sorgen können. Was wir nicht brauchen, ist ein bürokratisches Glücksspiel.“

Kämmerling: Lückenlose Aufklärung beim Landesbüro Naturschutz nötig - Umweltministerium muss mögliche Rechtsverstöße unverzüglich offenlegen

„Nach wie vor bestehen zahlreiche offene Fragen zur Förderung des Landesbüros für Naturschutz Niedersachsen durch das Umweltministerium. Die CDU-Fraktion verlangt daher eine erneute, detaillierte Unterrichtung im Umweltausschuss. Vorrangig soll hinsichtlich Rückforderungsansprüchen sowie etwaiger Verstöße gegen das Besserstellungsverbot Klarheit geschaffen werden“, erklärt die umweltpolitische Sprecherin Verena Kämmerling. Nach Auffassung der CDU handele es sich um jahrelange Schlamperei im Umweltministerium auf Kosten der Steuerzahler – unter gleich drei Umweltministern, von denen einer heute Ministerpräsident sei.

„Die bisherigen Ausführungen des grünen Umweltministeriums im

Ausschuss haben bei Weitem nicht ausgereicht, um die massiven offenen Fragen zu klären. Es geht hier nicht um Nebensächlichkeiten, sondern um die mögliche jahrelange rechtswidrige Verwendung von Steuergeld. Die Landesregierung muss im Detail konkretisieren, auf welcher Rechtsgrundlage sie zu dem Ergebnis gelangt, dass eine Rückforderung der Finanzmittel nicht mehr möglich sei. Mit pauschalen Hinweisen auf angeblich verfristete Ansprüche lassen wir uns nicht abspeisen“, so Kämmerling.

Zudem solle die Landesregierung im Rahmen der beantragten Unterrichtung darlegen, wie das Besserstellungsverbot von ihr ausgelegt wird und nach welchen Kriterien die Einordnung der Beschäftigten in



eine niedrigere Entgeltgruppe, aber dafür in eine höhere Erfahrungsstufe, sicherstellen soll, dass die gezahlten Gehälter nach ihrer Auffassung rechtmäßig sind. „Die bisherigen Ausführungen zu diesen Punkten sind für uns nicht nachvollziehbar und wurden von der Landesregierung bislang nicht hinreichend aufgeklärt. Bisher macht es eher den Eindruck, dass die Landesregierung die Rechtslage für sich passend streckt“, so Kämmerling abschließend.

Holsten: Kinderschutz neu denken – Sicherheit der Kleinsten an erste Stelle setzen

„Kinderschutz ist keine Option, sondern eine Pflicht. Wir müssen alles daransetzen, dass Kinder in Niedersachsen sicher aufwachsen können – zu Hause, in Schulen, in Vereinen und im Netz“, erklärt der sozialpolitische Sprecher Eike Holsten. „Darum fordern wir klare Standards, mehr Ressourcen und ein enges Miteinander aller beteiligten Stellen.“



Holsten verweist auf steigende Fallzahlen von Kindesmissbrauch und eine Dunkelziffer von bis zu 90 Prozent. Bestehende Strukturen wie Kinderschutzzentren und Beratungsstellen leisten wertvolle

Arbeit, stoßen aber an Grenzen. „Wir brauchen flächendeckend starke Netzwerke und verbindliche Regeln für den Austausch zwischen Jugendämtern, Polizei, Schulen und Medizin. Nur wenn Informationen schnell und sicher fließen, können Kinder wirksam geschützt werden“, so Holsten.

Konkret geht es dabei um den Ausbau der Kinderschutz-Zentren, ein verbindliches Schutzkonzept an allen Schulen, die Stärkung der Frühen Hilfen und den Aufbau eines Childhood-Hauses. Auch Polizei und Justiz sollen mit moderner Technik wie Künstlicher Intelligenz unterstützt werden, um

Missbrauchsfälle schneller aufzuklären. „Wir müssen unsere Ermittlungsbehörden so ausstatten, dass Täter keine Chance haben – weder im realen Leben noch im digitalen Raum“, betont Holsten.

Darüber hinaus soll Kinderschutz in Ausbildung und Weiterbildung aller relevanten Berufsgruppen verankert und Präventionsangebote sichtbar ausgebaut werden. „Kinderschutz darf nicht vom Engagement Einzelner abhängen. Er muss strukturell gesichert, verbindlich umgesetzt und in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens fest verankert sein“, fordert Holsten. „Nur so schaffen wir ein wirklich sicheres Niedersachsen für unsere Kinder.“

Dorendorf: Agri-Photovoltaik als Schlüssel – Energiewende und Landwirtschaft gemeinsam denken

„Wir dürfen die Energiewende nicht gegen die Landwirtschaft ausspielen. Mit Agri-Photovoltaik können wir beides zusammenbringen – sichere Lebensmittelproduktion und klimafreundlichen Strom“, erklärt Uwe Dorendorf, Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. „Darum setzen wir uns für eine gezielte Förderung dieser innovativen Technologie in Niedersachsen ein.“

Hintergrund ist eine ambitionierte Zielsetzung: Bis 2035 sollen in Niedersachsen 65 Gigawatt Solarstromleistung installiert werden, davon 15 Gigawatt auf Freiflächen. Das entspricht fast 19.000 Hektar landwirtschaftlicher Fläche. „So ein Flächenverbrauch birgt Zielkonflikte. Mit Agri-Photovoltaik schaffen wir Lösungen, die Landwirtschaft

und Energiegewinnung miteinander vereinbaren. Bereits vor zwei Jahren haben wir dazu einen Antrag eingebracht – nun zieht Rot-Grün nach“, so Dorendorf.

Die CDU-Fraktion setzt sich daher für neue Forschungs- und Pilotprojekte in Niedersachsen ein, die das gesamte Spektrum landwirtschaftlicher Nutzung abbilden – von Sonderkulturen über Ackerkulturen bis zur Geflügelhaltung. Gleichzeitig soll sich die Landesregierung auf nationaler und europäischer Ebene dafür stark machen, bestehende rechtliche Hürden abzubauen. „Wenn EU-Vermarktungsnormen heute verhindern, dass Photovoltaik und Legehennenhaltung kombiniert werden, dann müssen wir das ändern“, fordert Dorendorf. Darüber hinaus sollen Förderprogramme und Beratungsangebote für



landwirtschaftliche Betriebe ausgebaut und die Nutzung von Agri-Photovoltaik auf Ausgleichs- und Ersatzflächen geprüft werden.

„Wir haben in Niedersachsen die besten Forschungsinstitute, engagierte Landwirte und große Potenziale. Jetzt müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen, damit Agri-Photovoltaik kein Nischenprojekt bleibt, sondern ein Baustein für eine erfolgreiche Energiewende wird“, so Dorendorf abschließend.

Mohrmann: Biogas ist unverzichtbar für Klimaschutz und Landwirtschaft – Bürokratie darf den Einsatz von Wirtschaftsdüngern nicht ausbremsen

„Biogasanlagen sind ein unverzichtbarer Baustein für Klimaschutz, Energiewende und die Wertschöpfung im ländlichen Raum. Doch gerade der Einsatz von Wirtschaftsdüngern und landwirtschaftlichen Reststoffen wird durch unnötige Bürokratie ausgebremst“, erklärt der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Marco Mohrmann. Wirtschaftsdünger reduzierten Treibhausgasemissionen, senkten die Abhängigkeit von mineralischen Düngern und mindern den Flächendruck – eine klare Win-win-Situation.



Mit einem eigenen Antrag setzt sich die CDU-Fraktion deshalb für praxistaugliche Rahmenbedingungen ein. Konkret

fordert sie unter anderem die Stärkung vertraglicher Vereinbarungen zur Lagerung von Gärrückständen, die Erleichterung der Zwischenlagerung von Gärsubstraten sowie vereinfachte Genehmigungsverfahren für Änderungen an Biogasanlagen bei Streichung überflüssiger Verordnungen. Zudem

müsse sich auch die Landesregierung auf Bundesebene für Verbesserungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz einsetzen, um den Einsatz

von Wirtschaftsdüngern in Biogasanlagen attraktiver zu machen.

Den Antrag von SPD und Grünen bezeichnete Mohrmann dagegen als „unkonkret und praxisfern“. Rot-Grün verkenne, dass schnelle Entlastungen durch klare Rechtsvereinfachungen notwendig seien. „Niedersachsen muss beim Ausbau der Nutzung von Wirtschaftsdüngern in Biogasanlagen vorangehen – im Interesse unserer Landwirte, der Umwelt und unserer Zukunft“, so Mohrmann.

Der Monat in Bildern



Besuch Haus am Wasser in Diepholz



Besuch von Sanden Oberschule in Lemförde



Besuch Habema



Besuch Marissa



Besuch ZF



Klausurtagung CDU Landtagsfraktion



Landwirtschaftliches Hofgespräch in Drentwede

Der Monat in Bildern

**Bereisung AK
Landwirtschaft und
Wirtschaft**



Besucherguppe Twistringen



**Bereisung AK
Landwirtschaft und
Wirtschaft**



**Besucherguppe aus Wietzen
und Borstel**



Sommerfest CDU Diepholz

